

---

*Barbara Christophe*

## **Macht versus Interesse? Zur Rationalität der russischen Politik in der Region des Kaspischen Meeres**

Wer sich heute über Entwicklungstrends der russischen Politik äußert, läuft regelmäßig Gefahr, schon morgen von einer überraschenden Wende der Ereignisse widerlegt zu werden. Seit nunmehr acht Jahren halten jähe Kursschwankungen in der Innen- und Außenpolitik und kaum berechenbare Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen rivalisierenden Moskauer Elitefraktionen die Regionalspezialisten in Atem. Ein kluger Mann hat das Dilemma, mit dem wir es hier zu tun haben, in einer treffenden Analogie einmal auf den Punkt gebracht. Die Analyse der russischen Politik – so der Politikwissenschaftler Holmes<sup>1</sup> – gleiche dem Versuch, ein Fußballspiel bei dichtem Nebel zu verfolgen. Die Spieler der einzelnen Mannschaften seien bei schlechter Sicht nur schemenhaft auszumachen. Wer gerade am Ball sei, sei mit letzter Sicherheit kaum festzustellen, geschweige denn, in welche Richtung gestürmt werde. Allerdings dränge sich immer wieder der Eindruck auf, daß ein paar äußerst merkwürdige Spieler mit ebenso finsternen wie undurchschaubaren Absichten auf dem Feld zugegen seien, die bei strenger Auslegung der Spielregeln dort eigentlich gar nichts zu suchen hätten.

Es ist unschwer zu erraten – die Rede ist hier von den sogenannten Oligarchen, den mächtigen Herren der großen Konzerne und Banken, die man ob ihrer engen Verflechtung mit Segmenten des russischen Staatsapparates schwerlich als private Akteure klassifizieren kann. Ihr Einfluß auf die Formulierung russischer Politik wird heute heiß diskutiert. In ganz besonderer Weise gilt dies für die Politik der Russischen Föderation gegenüber den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Über die Rolle der russischen Energiekonzerne im großen Spiel um Macht und Profit in dieser Region wird trefflich spekuliert und gestritten. Auch ich möchte mich auf diese Spieler konzentrieren. Dabei möchte ich allerdings Akzente setzen, die von gängigen Interpretationen entscheidend abweichen.

Vorab aber ein paar grundsätzliche Worte zu Reichweite und Grenzen wissenschaftlicher Erklärungsansätze. Um in dem eingangs zitierten Bild zu bleiben – es wird uns kaum gelingen, den Nebel zu lüften. Wir können den Akteuren nicht in die Köpfe schauen und fundierte Aussagen über ihr zukünftiges Handeln treffen. Derartige Spekulationen sind die Aufgabe von Politikern und Journalisten. Was politikwissenschaftliche Analyse leisten kann, ist etwas anderes. Sie kann einerseits nach der Rationalität der von bestimmten Akteuren verfolgten Handlungsstrategien fragen und andererseits den Blick für diejenigen Faktoren schärfen, die die Entscheidung für bestimmte Handlungsoptionen determinieren. Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es dementsprechend nicht, mehr oder weniger verlässliche Prognosen über die russische Politik in der Region des Kaspischen Meeres zu formulieren. Ich werde mich vielmehr

1. Holmes, St.: *Cultural Legacies or State Collapse? Probing the Postcommunist Dilemma* (in: Mandelbaum, M. [ed.]: *Postcommunism: Four Perspectives*, New York 1996, S. 22–76, 24).

darauf beschränken, mit dem russischen Energiesektor einen Akteur dieser Politik unter die Lupe zu nehmen und diejenigen Variablen zu benennen, von denen seine Präferenzen in dieser Region abhängen.

Zunächst sind aber mit einigen knappen Strichen die Handlungschancen und -beschränkungen zu umreißen, die dieses Gebiet an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien zu einer besonderen Herausforderung der internationalen Politik machen. Die hier lokalisierten Energieressourcen<sup>2</sup> eröffnen zumindest drei in der Region ansässigen Staaten – nämlich Kasachstan, Aserbaidshan und Turkmenistan – die Chance zur Reduzierung einseitiger ökonomischer Abhängigkeitsbeziehungen von Rußland durch Kooperation mit internationalen Partnern. Gleichzeitig wird die Fähigkeit zur Wahrnehmung dieser Chance aber durch die weiter bestehende Abhängigkeit von der russischen Exportinfrastruktur erheblich relativiert. Des weiteren wird die Region durch insgesamt fünf inner- bzw. zwischenstaatliche Konflikte erheblich destabilisiert: den armenisch-aserbaidshanischen Konflikt um Berg-Karabach, den georgisch-ossetischen Konflikt, den georgisch-abchasischen Konflikt, den ossetisch-inguschischen Konflikt um den Prigorod-Kreis in Nord-Ossetien und den russisch-tschetschenischen Konflikt. Dieses Faktum hat bislang nicht nur die Etablierung handlungsfähiger Staaten erheblich erschwert und deren Attraktivität in den Augen potentieller Investoren geschmälert. Darüber hinaus hat es auch günstige Voraussetzungen für ein permanentes Eingreifen Rußlands als der dominanten Regionalmacht geschaffen. Die staatliche russische Außenpolitik, aber auch die in der Region aktiven Vertreter des russischen Energiesektors – also vor allem der Ölkonzern Lukoil und der Gaskonzern Gazprom – stehen in dieser Situation vor mehreren plausiblen, aber miteinander konkurrierenden Optionen.

Wenden wir uns zunächst dem russischen Staat zu. Er kann in dieser Situation einerseits dem geopolitisch motivierten Interesse an der Sicherung von politischen und militärischen Einflußzonen an seiner Südflanke den Vorrang einräumen. Mit anderen Worten, er kann die aus seiner geopolitischen Schlüsselposition und seiner militärischen Hegemonie resultierende Blockademacht in die Waagschale werfen, um die Realisierung internationaler Erschließungsprojekte zu vereiteln. Handlungsanleiten des Motiv wäre in diesem Falle das Ziel, die ökonomische und politische Penetration der Region durch rivalisierende Mächte zu verhindern. Einer solchen Politik stehen mehrere Instrumentarien zur Verfügung, die von der Thematisierung des ungeklärten Rechtsstatus des Kaspischen Meeres über die Verweigerung von Pipeline-Nutzungsrechten bis zur gezielten Destabilisierung der Förder- und Transitländer durch Eskalation

2. Offiziellen amerikanischen Schätzungen zufolge verfügt Aserbaidshan über sichere Ölvorkommen in Höhe von 3,6 Billionen Barrel und potentielle Reserven von 27 Milliarden Barrel. Die entsprechenden Angaben für Kasachstan belaufen sich auf 10 bzw. 85 Milliarden Barrel. Die Gasreserven Turkmenistans werden auf insgesamt 8,9 tcm geschätzt (Vgl. US Department of State, Caspian Region Energy Development Report, April 1997,4). Allerdings hat das Internationale Institut für strategische Studien in London die optimistischen amerikanischen Angaben erheblich nach unten korrigiert. Die Ölreserven der gesamten Region werden hier mit 25 bis 35 Milliarden Barrel statt mit 200 Milliarden Barrel veranschlagt (Vgl. International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 1977–1998, London 1998, S. 23f.). Ungeachtet der erheblich voneinander abweichenden Angaben über das tatsächliche Potential der Kaspischen Region als Energieproduzent scheint die geo-ökonomische Relevanz ihrer Ressourcen als Alternative zu der politisch instabilen Golf-Region außer Frage zu stehen (Vgl. MacFarlane S. N., Zullo C.: Petroleum and Politics in the Caucasus: New Wine in Old Bottles? (in: Müller F./Zullo C. [eds.]: The European Union and the Caucasus Region: Oil, Interests and Influence, Ebenhausen 1998).).

lation von Konflikten reichen. Die Vorteile einer solchen in traditionellen Kategorien von Macht und Einfluß denkenden Strategie liegen auf der Hand. Gleichwohl birgt sie auch unverkennbare Risiken. Die Instrumentalisierung und Manipulation ethnischer Konflikte im Transkaukasus könnte einen unkontrollierten Flächenbrand provozieren, der sich nicht mehr einhegen läßt und schließlich und endlich auf den eigenen Herrschaftsbereich übergreift. Die Beteiligung nordkaukasischer Freiwilliger an den georgischen Sezessionskriegen auf abchasischer und ossetischer Seite bietet davon nur einen ersten Vorgeschmack. Die Entfesselung ethnischer Gewalt in der Region hat zu einer enormen Militarisierung und zu einer galoppierenden Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols geführt. Paramilitärischen Formationen unterschiedlichster Schattierungen ist es gelungen, sich einen Zugriff auf enorme Waffenarsenale zu sichern, die schon heute gegen die Repräsentanten staatlicher Macht in den russischen Teilrepubliken Tschetschenien und Dagestan gerichtet werden. Der russische Staat droht damit zu dem Opfer der Geister zu werden, die er rief. Auch die Drohung mit der Verweigerung von Transitrechten produziert unliebsame Nebeneffekte. Besonders deutlich zeigt sich dies in Turkmenistan. Der russische Versuch, die Abhängigkeit Aschchabads von der russischen Exportinfrastruktur für die Erpressung politischen Wohlverhaltens zu nutzen, hat hier die Suche nach alternativen Möglichkeiten intensiviert. Die Eröffnung einer Gaspipeline in den Iran hat bereits die erste Bresche in das russische Pipelinemonopol geschlagen.<sup>3</sup>

Die sorgsame Abwägung der mit einer traditionellen Großmachtpolitik verbundenen Vor- und Nachteile könnte also – so steht zu vermuten – Moskau auch zu einer ganz anderen Prioritätensetzung verleiten. Statt in Kategorien von Machtrivalitäten zu denken, die sich immer als ein Nullsummenspiel darstellen, in dem der Gewinn der einen Seite zum Verlust der anderen Seite wird, könnte sich die Einsicht durchsetzen, daß ökonomische Kooperation allen Beteiligten die Aussicht auf Profite eröffnet. Zumal außer Frage steht, daß sowohl die finanziellen Ressourcen als auch die technischen Kapazitäten des russischen Energiekomplexes für eine Realisierung ehrgeiziger Erschließungsprojekte in der kaspischen Region völlig unzureichend sind. Im Gegenteil – bei der Modernisierung ihres völlig überalterten Kapitalstocks ist die russische Förderindustrie dringend auf internationale Finanzspritzen angewiesen.<sup>4</sup> Dies ist ein weiteres gewichtiges Argument, das für eine kooperative Außenpolitik spricht.

Tatsächlich lassen sich – wie noch zu zeigen sein wird – Spuren beider hier skizzierter Optionen in der tatsächlich verfolgten russischen Politik feststellen. Dies hat in politikwissenschaftlichen und journalistischen Kommentaren zur Herausbildung sehr gegensätzlicher Bewertungsmuster geführt. Die eine Hälfte der Autoren verzeichnet starke Tendenzen zu einer Ökonomisierung der Außenpolitik.<sup>5</sup> Die geostrategischen

3. Im Dezember 1997 wurde eine Pipeline von dem turkmenischen Gasfeld Korpedzhe in den Norden des Iran eröffnet, die bis in die Türkei verlängert werden soll (Vgl. Asbarez Online, 26. 1. 1997). Zwar sind die Kapazitäten dieser Pipeline mit 4 Mrd. Kubikmetern noch sehr begrenzt. Mit der projektierten Verlängerung in die Türkei droht Turkmenistan allerdings zu einem potentiellen Konkurrenten Rußlands auf dem umkämpften türkischen Markt zu avancieren.
4. Nach Schätzung der Weltbank beläuft sich der Investitionsbedarf des russischen Energiesektors auf 25 Milliarden Dollar. Zusätzlich seien jährliche Kapitalspritzen in Höhe von 6 bis 7 Milliarden Dollar erforderlich (International Energy Agency [ed.]: *Energy Policies of the Russian Federation*, Paris 1995, S. 119).
5. McFaul, M.: *A Precarious Peace, Domestic Politics in the Making of Russian Foreign Policy* (in: *International Security* 22:3 (1998), S. 5–35); Hamilton, L.: *Russia's Tasty Figs* (in: *Financial Times*,

Zielsetzungen des russischen Staates – so der Tenor der Argumentation – werde mehr und mehr den Profitinteressen privater Akteure untergeordnet, die, wie hier meist a priori unterstellt wird, auf Kooperation angewiesen sind. Andere gehen hingegen in Fortschreibung sowjetischer Kontinuitätslinien von einem weiterbestehenden Primat der Politik gegenüber der Ökonomie aus.<sup>6</sup> Sie unterstellen dem russischen Staat den Willen und die Fähigkeit, die Abhängigkeit der GUS-Staaten von Transitwegen durch Rußland im Sinne einer Zementierung von hierarchischen Kooperationsbeziehungen im postsowjetischen Raum zu instrumentalisieren. Ich möchte mich von beiden Ansätzen kritisch abgrenzen. Beide operieren nämlich mit Prämissen, die auf Rußland nicht mehr bzw. noch nicht anwendbar sind. Die geopolitische Argumentation, die die konfrontativen Momente der russischen Kaspi-Politik betont, übertreibt die Steuerungs- und Handlungsfähigkeit des russischen Staates. In Ausblendung der dramatischen Folgen einer mißlungenen Transformation betrachtet sie Rußland als eine reduzierte Variante des sowjetischen Staates. Übersehen wird hier die durch die Auflösung des administrativen Kommandosystems produzierte Schwächung und Fragmentierung des russischen Staatsapparates.<sup>7</sup> Wer den russischen Staat heute als einen einheitlichen Akteur betrachtet, schließt die Augen vor einer Realität, in der die privaten Bereicherungsinteressen mächtiger Partikulateure über nur noch zu legitimistischen Zwecken beschworene nationale Interessen triumphieren. Wir können es in unzähligen Berichten über Privatisierungs- und Korruptionsskandale täglich in den Zeitungen lesen – der russische Staat ist längst zur Beute mächtiger Oligarchen geworden, die vor allem eins treibt: das Interesse an der Ausplünderung staatlicher Ressourcen.<sup>8</sup>

Es ist dies allerdings kein Plädoyer für die Ökonomisierungsthese, die die Anzeichen für Kooperationsbereitschaft in der russischen Kaspi-Politik in den Vordergrund stellt. Diese Interpretation unterliegt einer nicht minder trügerischen Illusion. Sie übersieht den Einfluß der für Rußland charakteristischen Verflechtung zwischen Staat und Ökonomie auf die Handlungsrationaltät privater Akteure. Mit anderen Worten, das Scheitern des Projektes Marktwirtschaft in Rußland, das auf eine institutionalisierte Trennung von Staat und Markt, von Politik und Ökonomie zielt, wird nicht in die Betrachtung einbezogen. Es ist dies keine zufällige Fehlleistung, sondern Produkt eines theoretischen Reduktionismus, der davon ausgeht, daß allein die Privatisierung von Staatseigentum ausreicht, um marktkonform agierende Akteure zu schaffen. Genau diese naive Annahme ist jedoch von einer kritischen Transformationsforschung widerlegt worden. Wir wissen mittlerweile, daß marktkonformes, also an Kosten-Nutzenkalkülen orientiertes Verhalten keine Selbstverständlichkeit ist. Es bildet sich erst

30. 1. 1998, 3); Caryl, Ch.: Who Makes Russia's Foreign Policy Anyway? Russian Banks, Big Oil and Gas – That's Who (in: US News and World Report, 16. 2. 1998, S. 5–7).

6. Goble, P.: Pipelines and Pipedreams: Geopolitics of the Transcaucasus (in: Caspian Crossroads 1:1 (1995), S. 12–16); Cohen, A.: The New Great Game: Pipeline Politics in Eurasia (in: Eurasian Studies 3:1 (1996), S. 2–15); Iskanderjan, A.: Externe Kräfte in Transkaukasien (in: Wostok 42:2, S. 14–16); Rahr, A.: Die Sicherung der Energietransportwege, Eine strategische Aufgabe für Rußland (in: Internationale Politik 52:1 (1997), S. 25–30); Saakishvili, M.: Growing Attraction of the Georgian Alternative (in: Caspian Crossroads 1:1 (1995), S. 6–10).
7. Vgl. dazu Solnick, St.: The Breakdown of Hierarchies in the Soviet Union and China, A Neoinstitutional Perspective (in: World Politics 48:1 (1996), S. 209–238).
8. Vgl. dazu Shlapentokh, V.: Early Feudalism – The Best Parallel for Contemporary Russia (in: Europe-Asia Studies 48:3 (1996), S. 393–411).

in Reaktion auf massive institutionelle Zwänge heraus. Erst dann, wenn ein Akteur zuverlässig damit rechnen kann und muß, daß er sich nicht nur den durch sein Handeln produzierten Vorteil aneignen kann, sondern auch die dadurch verursachten Nachteile zu tragen hat, wird er sein Verhalten an formal rationalen, d. h. Kosten und Nutzen abwägenden Kalkülen ausrichten. Die Schaffung dieser institutionellen Zwänge ist gemeinhin die Aufgabe des Staates, der durch die Definition und Durchsetzung entsprechender Spielregeln überhaupt erst die Voraussetzungen für effektive Marktwirtschaften schafft. An eben dieser Aufgabe ist der russische Staat aber auf Grund seiner bereits zitierten Schwäche gescheitert. Und so haben wir es in Rußland mit ökonomischen Akteuren zu tun, die jede sich bietende Chance zur Abwälzung von Kosten auf Staat und Gesellschaft nutzen. Dies hat nachhaltige Auswirkungen auf die Handlungslogik dieser Akteure. Nicht-marktkonformes Verhalten kann unter diesen Bedingungen als eine durchaus rationale Handlungsoption erscheinen. Schließlich gehen die dadurch verursachten Kosten ja nicht in die eigene Leistungsbilanz ein. So kann zum Beispiel das Engagement auf Märkten, die eigentlich keine hohe Rendite versprechen, zu einem profitablen Geschäft werden.

In der Literatur ist dieses Verhalten als Rent-seeking bezeichnet worden.<sup>9</sup> Rent-seeking beruht – wie skizziert – auf zwei Voraussetzungen: einem schwachen Staat und der fehlenden Trennung zwischen Staat und Ökonomie. Ideale Bedingungen finden rent-seeking Akteure bei gegebener Schwäche staatlicher Agenturen auf regulierten, durch protektionistische Maßnahmen vor internationaler Konkurrenz geschützten Märkten. Das gleichzeitige Agieren auf institutionell unterschiedlich verregelten Märkten, einem regulierten internen und einem deregulierten externen Markt, eröffnet ihnen die Chance auf Erzielung enormer Renteneinkommen. Auf dem internen Markt können Waren zu staatlich subventionierten Preisen billig aufgekauft und dann unter Umgehung staatlicher Exportbeschränkungen auf externen Märkten teuer verkauft werden. Noch einmal – die enormen Handelsprofite, die mit dererlei Transaktionen erzielt werden, resultieren also nicht aus der Wahrnehmung von Marktchancen, sondern aus der Umverteilung von Ressourcen aus der Staatskasse in die Taschen privater Akteure. Wir haben es also mit einer intelligenten Variante eines kleptokratischen Kapitalismus zu tun.

Die Frage ist nun, wie sich ein derartiges institutionelles Arrangement auf die außenpolitischen Präferenzen von rent-seeking Akteuren auswirkt. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß eine auf Umverteilung basierende Profitmaximierungsstrategie mit der Erschöpfung staatlicher Ressourcen an ihre natürlichen Grenzen zu stoßen droht, haben wir die Antwort eigentlich schon parat. Zur Sicherung seiner Reproduktionsfähigkeit ist ein derartiges System auf eine mechanische Erweiterung seiner Ressourcenumenge angewiesen. Die Profiteure der skizzierten Institutionen müssen also ein lebhaftes Interesse an ihrer Ausweitung auf andere Märkte entwickeln.<sup>10</sup> Dies sichert ihnen einen Zugriff auf die Ressourcen anderer Staaten. Ziel ist also der notfalls durch politische und militärische Drohgebärden abzusichernde Export der Institutionen eines regulierten Marktes, oder präziser formuliert: der nichtfunktionierenden Institutionen eines regulierten Marktes. Was zunächst wie traditionelle Außenpolitik im Interesse

9. Vgl. dazu Aslund, A.: Reform vs. Rent-Seeking in Russia's Economic Transformation (in: Transition 2:2 (1996), S. 12–17).

10. Staniszki, J.: The Politics of Post-Communist Institutionalisation in Historical Perspective (Working Paper Series No. 1, Advanced Study Center, International Institute, University of Michigan), Ann Arbor 1995.

staatlicher Machterweiterung aussieht, erweist sich damit als selektive Kolonialisierungspolitik im Dienste höchst privater Bereicherungsinteressen. Das ist sozusagen rent-seeking von einer neuen Qualität. Gestützt auf die politischen und militärischen Machtressourcen des eigenen Staates, sichern sich partikulare Akteure das Recht auf exklusive Penetration fremder Märkte und Ausplünderung fremder Ressourcen.

In einem nächsten Schritt möchte ich nun diese zugegebenermaßen sehr theoretischen Überlegungen für eine Analyse der Handlungslogik des russischen Energiesektors nutzbar machen. Er ist in vielen Untersuchungen als geradezu klassischer Typus eines rent-seeking Akteurs porträtiert worden.<sup>11</sup> Erstaunlicherweise ist es bislang aber noch nicht zu einem Transfer der Ergebnisse dieser Forschung in die Untersuchungen über die Bestimmungsfaktoren der russischen Außenpolitik gekommen. Und dies, obwohl in Abkehr von realistischen Paradigmen die Betonung des Nexus zwischen Innen- und Außenpolitik mittlerweile zum guten Ton der Zunft gehört. Unisono wird ökonomischen Interessengruppen und allen voran dem Energiekomplex, der 40 % der russischen Exporterlöse erwirtschaftet, ein gewichtiger Einfluß auf die Bestimmung außenpolitischer Leitlinien zugestanden. Allerdings – und dies erscheint mir fatal – blendet man bei der Rekonstruktion der Präferenzen dieser Akteure in der Regel den bestimmenden Einfluß des institutionellen Umfelds, in dem sie agieren, konsequent aus. Zwar geht man von einem Junktim zwischen innen- und außenpolitischen Interessen aus – diese werden aber ausschließlich aus rein ökonomischen Faktoren wie Ressourcenausstattung und Marktposition abgeleitet. Man konstatiert also immer wieder einen Gegensatz zwischen konkurrenzfähigen Akteuren mit einem Interesse an wirtschaftspolitischer Liberalisierung und kooperativer Außenpolitik und konkurrenzunfähigen Akteuren mit klaren Präferenzen für eine protektionistische Abschirmung eines regulierten Marktes, die sich in ein Votum für eine konfrontative Außenpolitik übersetze. Aus dieser Perspektive fällt der russische Energiesektor natürlich unter die erste Kategorie. Als Anbieter einer konkurrenzfähigen Ware – so wird hier unterstellt – müsse er zwangsläufig für eine Demontage staatlicher Regulationsmechanismen eintreten, die einer erfolgreichen Weltmarktintegration im Wege stehen.<sup>12</sup> Ebenso unfehlbar müsse das Interesse an Konsolidierung der eigenen Position auf dem internationalen Energiemarkt eine eindeutige Parteinahme für eine Außenpolitik hervorbringen, die auf Integration in internationale Kooperationsstrukturen zielt. Die Restauration imperialer Abhängigkeitsbeziehungen im postsowjetischen Raum – so unterstellt diese Lesart weiterhin – widerspreche hingegen den Kalkülen des Energiesektors. Und zwar deshalb, weil sie einerseits dem prioritären Interesse an guten Beziehungen mit dem Westen widerspreche und zweitens die Konservierung wenig profitabler Wirtschaftsbeziehungen, sprich die Prolongierung billiger Energielieferung an nahezu zahlungsunfähige Abnehmer in der GUS impliziere, mithin die Freisetzung von Exportkapazitäten auf attraktivere Märkte blockiere.

Fast alle Kommentare zur russischen Kaspi-Politik übernehmen unhinterfragt diese Sichtweise. Jedes Anzeichen für die Bereitschaft der Russischen Föderation, die Präsenz internationaler Konzerne in der Region zu akzeptieren und die ursprüngliche ablehnende Haltung gegen internationale Erschließungsprojekte durch Konzessionen

11. Sagers M., Kryukov V. A., Shmat V. V.: Resource Rent from the Oil and Gas Sector and the Russian Economy (in: *Post-Soviet Geography* 36:7 (1995), S. 389–425).

12. Schmedt, C.: *Russische Außenpolitik unter Jelzin, Internationale und innerstaatliche Einflußfaktoren außenpolitischen Wandels*, Frankfurt 1997.

schrittweise aufzuweichen, wird als untrügliches Zeichen für den wachsenden Einfluß der Öl- und Gaskonzerne auf außenpolitische Entscheidungsprozesse gewertet. Umgekehrt gerät jeder Rückfall in konfrontative Politikmuster zum Indiz dafür, daß der **Stern der Energielobby im Kreml allmählich am Verblässen sei.** . . . . .

Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese nur auf den ersten Blick einleuchtenden Hypothesen als kaum haltbar. Zunächst kann man schon auf einer Ebene theoretischer Plausibilität vermuten, daß die Präferenzstruktur des russischen Energiesektors in Bezug auf die kaspische Region sehr viel stärker von Ambivalenzen geprägt ist. So dürfte das Interesse an Zusammenarbeit mit westlichen Partnern bei der kapitalintensiven Ausbeutung der dort lagernden Energieressourcen zumindest in einem **kritischen Spannungsverhältnis zu dem nicht weniger plausiblen Interesse an der Sicherung exklusiver oder doch zumindest privilegierter Nutzungsrechte** stehen – ein Interesse, das sich in dem von Vertretern der Branche immer wieder propagierten Slogan der Wiederherstellung eines einheitlichen sowjetischen Energiekomplexes regelmäßig zu erkennen gibt.<sup>13</sup> Wie die Akzente dieser beiden konkurrierenden Zielsetzungen jeweils gewichtet werden, muß Gegenstand empirischer Forschung sein. Ein bestimmender Einfluß dürfte dabei – wie ich oben ausgeführt habe – den institutionellen Anreizstrukturen zukommen, die auf die Branche einwirken.

Auch einer Überprüfung an der empirischen Realität halten die eingangs skizzierten Einschätzungen zur Interessenstruktur der Energiekonzerne nicht stand. Und dies gilt sowohl für die innen- als auch für die außenpolitischen Präferenzen. Wider gängige Hypothesen profilierte sich der Brennstoffsektor nämlich keineswegs als Befürworter radikaler ökonomischer Liberalisierungsstrategien. Im Gegenteil: Lange Zeit trat er konsequent für die Konservierung der Institutionen eines regulierten Marktes ein. Gegen seinen hartnäckigen Widerstand mußte die Freigabe von Preisen und die Aufhebung von Exportzöllen von internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank erst in einem langwierigen Prozeß der Konditionierung von Hilfsangeboten durchgesetzt werden.<sup>14</sup> In Anknüpfung an die oben referierten Überlegungen zur Handlungslogik von rent-seeking Akteuren können wir einem derartigen Verhalten keineswegs eine gewisse Rationalität absprechen. In dem Wissen um die Unfähigkeit des kaum noch handlungsfähigen russischen Staates, ein System staatlicher Exportkontrollen wirksam durchzusetzen, handelten die Handelsgesellschaften einzelner Konzerne im Rückgriff auf politisches Beziehungskapital immer wieder die Befreiung von Exportzöllen aus. Lange Zeit ist der Energiesektor noch vor dem agroindustriellen Komplex die erfolgreichste Branche beim Aushandeln von Zoll und Exportprivilegien.<sup>15</sup> Und ungeachtet bestehender Restriktionen stiegen die Exporte auf zahlungskräftige Märkte kontinuierlich an.<sup>16</sup> Bei diesem Geschäft erwirtschafteten die Konzerne enorme windfall-Profiten. Formal unabhängige Handelsgesellschaften kauften die Rohstoffe auf dem inländischen Markt zu stark subventionierten Preisen auf, um sie dann unter Umgehung der das Preisgefälle regulierenden hohen Exportzölle

13. Vgl. exemplarisch Medvedev, V.: Razvitie syr'evoj bazy vedet našu stranu iz krizisa (in: Neft' Rossii 4:10 (1995), S. 3–5).

14. Sagers et al.: a. a. O.

15. Pappe, J.: Otrasyevye lobbi v pravitel'stve Rossii (1992–1996) (in: Pro et Contra 1:1 (1996), S. 61–78).

16. Baranov, A.: Zaveršilos' formirovanie neftegazovogo kompleksa Rossii (in: Neft' Rossii 5:2 (1996), S. 30–34).

auf dem internationalen Markt teuer zu verkaufen. Gleichzeitig konnten die denselben Konzernen angehörenden Produktionsvereinigungen, die ihre Ware offiziell zu einem unter den Produktionskosten liegenden Preis anboten, unter Hinweis auf diese angeblichen Verluste Steuerbefreiung durchsetzen und zum Teil sogar staatliche Subventionen einstreichen.<sup>17</sup>

Ein ähnliches Bild bietet die Rekonstruktion der GUS-politischen Präferenzen der Branche. Auch hier finden wir keinen Einsatz für die Aufkündigung von Lieferverpflichtungen und Staatsaufträgen. Die Energielobby machte sich vielmehr für eine Finanzierung ihrer Exporte ins nahe Ausland durch staatliche Kredite stark.<sup>18</sup> Wir können also feststellen, daß das in der Literatur einseitig in den Vordergrund gestellte Interesse der Branche an einer Integration in den Weltmarkt in Konkurrenz zu dem Interesse an einer Konservierung der Institutionen eines regulierten Marktes im post-sowjetischen Raum steht. Im Rahmen von rent-seeking Strategien ist dies eine plausible Option, die mehreren Motiven folgt. Zum einen geht es darum, sich einen Zugriff auf die Ressourcen anderer Staaten zu sichern – sei es in Gestalt der Beteiligung an der Ausbeutung von Rohstoffen, sei es durch die Sicherung von Absatzmärkten, die durch die Gewährung staatlicher Zahlungsgarantien an Attraktivität gewinnen. Zum anderen zielt diese Politik auf die Aneignung von Filetstücken der industriellen Infrastruktur der Nachbarländer, die durch eine staatliche Politik von Zuckerbrot und Peitsche erheblich erleichtert wird. Gestützt auf eine staatliche Politik, die durch politische und militärische Machtdemonstrationen einerseits Druck ausübt, andererseits aber auch mit dem Angebot von subventionierten Energielieferungen lockt, haben sich Lukoil und Co. lukrative Anteile an Energieprojekten in der GUS gesichert. Es liegt auf der Hand: Die Realisierung dieser Strategien ist auf eine aktive russische Reintegrationspolitik im postsowjetischen Raum angewiesen.

Ebenso stereotype wie empirisch selten überprüfte Annahmen über die Handlungslogik des russischen Energiesektors sind damit in entscheidenden Punkten erschüttert. Abschließend soll nun an ausgewählten Beispielen illustriert werden, welche Erkenntnisse sich aus dem Blickwinkel dieser unorthodoxen Sicht der Dinge für ein Verständnis der komplexen und widersprüchlichen Situation rund um das Kaspische Meer gewinnen lassen.

Beginnen möchte ich mit dem sogenannten Jahrhundertvertrag, der 1994 zwischen Baku und einem Konsortium internationaler Ölfirmen über die Ausbeutung der bislang größten Ölvorkommen im aserbaidshanischen Sektor des Kaspischen Meeres abgeschlossen wurde.<sup>19</sup> An dem Konsortium ist Lukoil mit 10 % beteiligt. An der Vertragsunterzeichnung nahm ein Vertreter des russischen Energieministeriums teil. Gleichzeitig stellte das russische Außenministerium die Rechtsgültigkeit des Vertrages unter Hinweis auf den ungeklärten Rechtsstatus des Gewässers in Frage. Dies galt den meisten Beobachtern als Anzeichen für ernsthafte Divergenzen zwischen den durch das Energieministerium artikulierten Interessen der russischen Ölindustrie und den geostrategischen Kalkülen des russischen Außenministeriums.<sup>20</sup> Die Tatsache, daß die Nichtanerkennung des Vertrages politisch weitgehend folgenlos blieb, und vor

17. Berezovski V., Chervyakov V.: Sectoral Production Capital: Military-Industrial Complex and Fuel and Energy Complex (in: Segbers K., De Spiegeleire St. [eds.]: Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union, Bd. 3, Baden-Baden 1995, S. 405–438).

18. Ebenda.

19. Sorochov, V.: Energoresursy Azerbajdzana: političeskaja stabil'nost' i regional'nye otnošenija (in: Kavkazskie regional'nye issledovanija 1:1 (1996), S. 37–68).



allein die schrittweise Revision des russischen Standpunktes – Moskau akzeptiert mittlerweile die Aufteilung des Kaspischen Meeres in nationale Hoheitszonen – wurden dann als Sieg der Öllobby gefeiert.

Eine genauere Analyse der russischen Politik vor und nach Abschluß des Vertrages läßt diese Schlußfolgerungen allerdings fragwürdig erscheinen. Dann zeigt sich nämlich, daß Lukoil von einem außenpolitischen Konfrontationskurs der Moskauer Regierung gegenüber Baku erheblich profitierte. Ende 1991 hatte die aserbaidshanische Regierung den russischen Konzern in Reaktion auf die proarmenische Haltung Moskaus im Konflikt um die Exklave Karabach zunächst aus dem bereits im Vorjahr abgeschlossenen Vertrag über die Erschließung der Ölvorkommen im kaspischen Schelf ausgeschlossen. Erst nachdem der russische Staat seine Fähigkeit zur innenpolitischen Destabilisierung des aserbaidshanischen Regimes unter Beweis gestellt hatte, wurde dieser Beschluß revidiert. Im Sommer 1993 leistete Moskau durch Unterstützung der armenischen Offensive in der Landenge von Zangezur<sup>21</sup> und der Putschisten um Husejnov einen entscheidenden Beitrag zum Sturz der auf Abkoppelung von Moskau bedachten Regierung Eltschibej. Dies sollte sich unmittelbar auszahlen. Der neue aserbaidshanische Staatschef Alijev trat flugs wieder einige Anteile an dem lukrativen Konsortium an Lukoil ab.<sup>22</sup> Ganz offensichtlich war diese Entscheidung weniger ökonomischen als vielmehr politischen Motiven geschuldet. Die Attraktivität von Lukoil als Wirtschaftspartner beruhte ganz augenscheinlich auf der Erwartung der aserbaidshanischen Regierung, die Einbindung in das Konsortium werde den russischen Staat zur Aufgabe seiner Blockadepolitik bewegen. Diese Hoffnungen erfüllten sich allerdings nicht vorbehaltlos. Die russische Politik blieb weiter ambivalent. Indizien sprechen für die Beteiligung russischer Streitkräfte an einer Reihe von Putschversuchen. 1994 brachte Moskau die aserbaidshanische Wirtschaft mit der Unterbrechung der nordkaukasischen Eisenbahnverbindung an den Rand eines Kollapses.<sup>23</sup> Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Entscheidend ist, daß diese Politik der fortgesetzten Pressionen keineswegs im Widerspruch zur Interessenlage von Lukoil steht. Sie zahlte sich vielmehr unmittelbar aus. Im Rahmen einer Beschwichtigungspolitik beteiligte die aserbaidshanische Regierung den Konzern an einer Reihe von anderen Projekten.<sup>24</sup> In Übereinstimmung mit den eingangs vorgestellten Hypothesen können wir also feststellen, daß Lukoil seine ökonomischen Interessen in Aserbaidshan gestützt auf die Machtressourcen des russischen Staates verfolgte. Erst dessen Drohgebärden sicherten dem Konzern einen Platz in lukrativen Konsortien und damit einen Zugriff auf aserbaidshanische Ressourcen. Es liegt in der Logik des beschriebenen Kalküls, daß sich die Notwendigkeit einer solchen Politik in dem Maße verringert, in dem sich die damit verfolgten Zielsetzungen realisieren. Auch dafür gibt es Beispiele. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß Moskau kaum geneigt sein dürfte, alle Druckmittel aus der Hand zu geben. Schon allein deshalb, weil man im Zweifelsfall

20. Barylski, R. V.: Russia, the West and the Caspian Energy Hub (in: Middle East Journal 49:2 (1995), S. 217–232); Müller, F.: Die Region des kaspischen Meeres – Energiereichtum und Geopolitik (in: Osteuropa Wirtschaft 41:3 (1996), S. 268–278); Fadin, A.: Der Kaspische Knoten – Das Spiel um Gewinne am Schwarzen Gold (in: Wostok 42:4 (1997), S. 36–38).

21. Mursaliev, A.: Peremeny na južnom fronte (in: MN Biznes 84:3 (1995), S. 3).

22. Lopuchov, E.: Kontrakt veka, Problema v istoričeskom retrospektive (in: Kavkazskie regional'nye issledovanija 1:2 (1997), S. 10–34).

23. Soročov, V.: a. a. O.

24. Ebenda.

wieder auf sie zurückgreifen möchte, um den Interessen russischer Energiekonzerne erneut Nachdruck zu verleihen.

Ein analoges Muster einer zwischen Zuckerbrot und Peitsche schwankenden Politik im Interesse partikularer Akteure kann man auch in der russischen Haltung zur Pipelinefrage rekonstruieren. Bekanntlich stehen für den Export des kaspischen Öls drei Optionen zur Auswahl: die Rekonstruktion bestehender Pipelines zum russischen Schwarzmeerhafen Novorossijsk bzw. zum georgischen Supsa und der Bau einer neuen Pipeline zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan.<sup>25</sup> Hauptakteur in diesem Politikfeld ist auf russischer Seite der Staat. Das russische Pipelinesystem ist im Besitz des staatlichen Konzerns Transneft. Die Interessen der teilprivatisierten Ölkonzerne sind gleichwohl involviert. Ihre Position im Poker um die Aufteilung der kaspischen Ressourcen wird eindeutig durch die Unverzichtbarkeit Rußlands bei der Lösung der Exportfrage gestärkt.

Ungeachtet des von Aliev immer wieder artikulierten Interesses an einer Reduzierung der Abhängigkeit von Rußland wurde im Herbst 1995 der Beschluß gefaßt, das sogenannte *early oil* über zwei Routen, also sowohl über Novorossijsk als auch über Supsa, auszuführen.<sup>26</sup> Auch diese Entscheidung war ganz offensichtlich das Ergebnis einer auf Erzwingung von Kooperationsbereitschaft zielenden Moskauer Politik der selektiven Destabilisierung und Eskalation von Konflikten. Ein endgültiger Beschluß über die Ausfuhr des ab 2002 anfallenden *main oil* wurde seither immer wieder vertagt. In Baku verstärkten sich allerdings in der Zwischenzeit Präferenzen für eine Pipelinerroute, die durch Georgien oder Armenien nach Ceyhan führen sollte. Dieser unvorteilhaften Entwicklung begegnete man in Moskau im Rückgriff auf zwei Techniken. Zunächst gab Transneft Pläne für den Bau einer neuen Pipeline bekannt, die unter Umgehung des tschetschenischen Krisengebietes durch Daghestan nach Novorossijsk führen soll.<sup>27</sup> Ein nicht unbedingt attraktives Angebot, wie man mittlerweile in Reaktion auf die Eskalation der Gewalt auch in dieser russischen Teilrepublik feststellen muß. Gleichzeitig lockte man potentielle Kunden mit Vorzugsbedingungen. Das Winken mit Sonderangeboten scheint auf eine wachsende Bereitschaft Moskaus hinzuweisen, sich im Konkurrenzkampf um Transitgewinne auf rein ökonomische Kampftechniken zu beschränken. Man sollte allerdings nicht übersehen, daß Moskau parallel dazu immer auch an einer Politik der Destabilisierung Georgiens, des schärfsten Konkurrenten im Poker um Transitgewinne, festhielt. Verwiesen sei hier nur exemplarisch auf den Versuch, Konflikte in der mehrheitlich von Armeniern besiedelten Žavaxeti-Region zu provozieren, die auf der Pipelinestrecke Baku-Ceyhan liegt und damit an strategischer Bedeutung gewinnt.<sup>28</sup> Außerdem lehnte Moskau bislang immer wieder sowohl eine Internationalisierung als auch ernsthafte Schritte zur Beilegung des Abchasienkonflikts ab. Damit behält man sich die Möglichkeit vor, Georgien durch eine jederzeit denkbare Eskalation des Konflikts als sicheres Transitland zu diskreditieren. Daß das auch im Interesse der russischen Ölkonzerne liegt, läßt sich unter anderem daran ablesen, daß die GUS auch unter ihrem ehemaligen Exekutiv-

25. Vgl. Sagers, M.: The Oil Industry in the Southern-Tier Former Soviet Republics (in: Post-Soviet Geography 35:5 (1994), S. 267–298).

26. Vgl. Sorochov, V.: a. a. O.

27. RIA Novosti, 26. I. 1998, 4.

28. Akinci, U.: The Bottle-Neck of Baku-Ceyhan Pipeline (in: Silk-Road: A Journal of West Asian Studies 1:2 (1997), S. 5–11).

sekretär, dem Ölmilliardär Berezovskij, die Einberufung eines von Tbilisi immer wieder geforderten Gipfels zur Lösung der Abchasienfrage konsequent verweigert hat. Derselbe Berezovskij übrigens, der noch 1996 seinen Einfluß für die Beendigung des Tschetschenienkrieges geltend gemacht und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen hatte, daß die russische Nordroute als möglicher Exportweg überhaupt im Gespräch blieb. Dies zeigt, daß sich kooperative Konfliktlösungen dort, aber auch nur dort durchsetzen lassen, wo sie die Präferenzen der mächtigen Partikularakteure des Energiesektors widerspiegeln.

Ein etwas anders gelagertes Szenario des Ineinandergreifens von staatlichen und privaten Interessen bietet die russische Politik gegenüber Turkmenistan.<sup>29</sup> Unterschiede gibt es sowohl in Bezug auf die handelnden Personen – die Szene wird von Gazprom dominiert – als auch hinsichtlich der Zielsetzungen. Gegenüber Aschchabad geht es in erster Linie darum, sich zu privilegierten Sonderbedingungen einen Zugriff auf die Gasreserven des Landes zu sichern. Diese Differenz dürfte in erster Linie auf die ausgeprägt schwache Position Turkmenistans gegenüber dem russischen »Partner« Gazprom zurückzuführen sein. Im Gegensatz zu Aserbaidshan und Kasachstan war diese rückständige zentralasiatische Republik wesentlich weniger erfolgreich in der Anwerbung ausländischer Investoren, die ein Gegengewicht zu dem russischen Einfluß schaffen könnten. Zudem ist das von jedem Zugang zum Meer abgeschnittene und von instabilen Nachbarn umgebene Land in sehr viel stärkerem Maße auf die russische Exportinfrastruktur angewiesen. All dies verschaffte dem russischen Gasmonopolisten einen sehr viel größeren Handlungsspielraum als z. B. Lukoil in bezug auf Aserbaidshan. Und Gazprom nutzte diese Chance. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR verringerte Gazprom kontinuierlich die Transitquote für turkmenisches Gas, eine Maßnahme, die zu einer mehr als 50-prozentigen Drosselung der Produktion führte. Diese restriktive Politik erlaubte es Gazprom, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er konnte einen potentiellen Konkurrenten auf dem lukrativen europäischen Exportmarkt ausschalten, die Umlenkung des turkmenischen Gases auf GUS-Märkte durchsetzen und so bei gleichzeitiger Freisetzung eigener Exportkapazitäten seinen Lieferverpflichtungen im postsowjetischen Raum nachkommen. Das sicherte ihm zudem eine günstige Ausgangsposition in dem dort anstehenden Prozeß der Privatisierung von Unternehmen der Energieindustrie. Vor allem aber konnte er Aschchabad lange Zeit erfolgreich zwingen, ihm seine Gasreserven zu Vorzugsbedingungen abzutreten, und damit enorme Windfall-Profite einstreichen. 1995 erpreßte Gazprom so die Gründung des russisch-turkmenischen Joint-Ventures Turkmenros gaz, in dem der russische Monopolist 46 % der Aktien hielt und das exklusive Recht auf Vermarktung des turkmenischen Gases zugesprochen bekam.<sup>30</sup> Im Rahmen dieses Deals konnte Gazprom turkmenisches Gas zu einem Preis einkaufen, der um mehr als die Hälfte unter dem lag, den er selbst auf GUS-Märkten erzielte.<sup>31</sup>

Die weitere Entwicklung zeigte allerdings, daß diese Bereicherungsstrategie mit der Veränderung internationaler Konstellationen an eine Grenze stieß und zudem zu einer Schädigung langfristiger staatlicher Interessen führte. In Anbetracht der extrem ungün-

29. Vgl. zum Folgenden v. a. Drezner, D.: *Allies, Adversaries and Economic Coercion: Russian Foreign Economic Policy since 1991* (in: *Security Studies* 6:3, S. 65–111).

30. Webber, M.: *CIS Integration Trends, Russia and the Former Soviet South*, London 1997, S. 58.

31. Fossato, F.: *Russia: Chechnya and Turkmenistan Stake Claims to Transit Gas* (in: *RFE/RL* 201, 1998).

stigen Geschäftsbedingungen beschloß die turkmenische Regierung 1997 nämlich die Auflösung des Joint-Ventures, das fröhlich auf den Bankrott zugesteuert war.<sup>32</sup> Gleichzeitig intensivierte sie ihre Bemühungen um eine Erschließung alternativer Exportrouten. Mit der Eröffnung der Gaspipeline in den Nordiran schlug sie eine erste Bresche in das russische Exportmonopol. Weiterhin gibt es Pläne für eine Verlängerung dieser Route in die Türkei – ein Projekt, durch das Turkmenistan zu einem veritablen Konkurrenten von Gazprom auf dem türkischen Markt avancieren könnte. Und schließlich ist mittlerweile ein türkisch-turkmenisches Memorandum über den Bau einer Gaspipeline unterzeichnet worden, die durch das Kaspische Meer und Aserbaidshan in die Türkei führen soll.<sup>33</sup> Vor allem dieses zuletzt genannte Projekt hat zu einer Annäherung zwischen Baku und Aschchabad geführt. Lange Zeit hatten beide Seiten auf Grund konkurrierender Ansprüche auf ein Ölfeld gegensätzliche Positionen in Bezug auf die Definition des Rechtsstatus des Kaspischen Meeres vertreten. Während Baku von Anfang an für eine Aufteilung in nationale Sektoren eintrat, verteilte Aschchabad zunächst gemeinsam mit Rußland für eine Kondominiumslösung. Konfrontiert mit der unnachgiebigen russischen Haltung in der Exportfrage, hat Turkmenistan allerdings Anfang letzten Jahres das Lager gewechselt.<sup>34</sup> Moskau hat damit in einer zentralen Frage einen wichtigen Bündnispartner verloren. Und dies deshalb, weil es das langfristige Interesse an der Durchsetzung eines ihm genehmen Regimes für die Aufteilung der Verfügungsrechte über die kaspischen Energiereserven den kurzfristigen Profitinteressen eines privaten Akteurs opferte.

Die Ergebnisse der bisherigen Ausführungen zusammenfassend, kann man feststellen, daß der empirische Test die eingangs formulierten theoretischen Hypothesen weitgehend bestätigt hat. Es sollte gezeigt werden, daß die aus der Schwäche staatlicher Kontrollstrukturen resultierende Fähigkeit zur Externalisierung von Kosten die Kosten-Nutzen-Kalküle und damit die Handlungslogik von Akteuren entscheidend verändert. Die Analyse des Verhaltens von Akteuren des Energiesektors hat ergeben, daß deren Votum für eine Ausdehnung hierarchisch organisierter Märkte auf die GUS wider gängige Erwartungen unter diesen Bedingungen tatsächlich eine rationale Option darstellt. Die Untersuchung der von staatlichen und privaten Akteuren in der Region des Kaspischen Meeres verfolgten Strategien hat weiterhin deutlich gemacht, daß sich diese Präferenzen auch tatsächlich in konkrete Politik übersetzen. Im Rückgriff auf staatliche Machtmittel, die von der gezielten Eskalation von Konflikten bis zur Blockade von Exportwegen reichen, ist es einflußreichen russischen Konzernen gelungen, sich einen Zugriff auf die Ressourcen anderer Staaten zu erschließen. Punktuell konnten wir aber auch sehen, daß die teilweise Saturierung von Bereicherungsinteressen vor allem in Kombination mit einem sich ungünstig verändernden internationalen Druck einen Präferenzwandel in Richtung auf eine eher kooperative Politik hervorbringen kann.

Verlässliche Prognosen über zukünftige Entwicklungen sind damit immer noch nicht möglich. Ich glaube aber gezeigt zu haben, auf welche Faktoren wir bei der Antizipation möglicher Kurswechsel in der russischen Politik achten müssen. Entscheidende Bedeutung fällt dabei meines Erachtens dem institutionellen Kontext, also der Verregelung des Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie, zu. Anders formuliert: In

32. AFP, 14. 1. 1998, 4.

33. RFE/RL Newline, 29. 12. 1997, 8.

34. RFE/RL Newline, 6. 2. 1998, 4.

---

dem Moment, in dem der ungehinderte Zugriff von Akteuren der Energieindustrie auf staatliche Ressourcen im Zuge der Etablierung einer effektiven Staatlichkeit in Rußland institutionell verschlossen wird, müßte sich auch die Handlungslogik dieser Akteure ändern. ~~An Anläufen in diese Richtung, hat es nicht gefehlt. Ich möchte hier~~ nur kursorisch auf die von dem ehemaligen Premier Nemcov initiierten Versuche verweisen, anstehende Steuerschulden einzutreiben und die Kontrolle über staatliche Anteile an den Energiekonzernen zu effektivieren. Bislang waren all diese Bemühungen allerdings nicht von durchschlagendem Erfolg gekrönt, im Gegenteil: sein Nachfolger Primakov hatte zwischenzeitlich wieder zum geordneten Rückzug geblasen und sich in Bezug auf die horrenden Steuerschulden von Gazprom mehr als konziliant gezeigt.

Endgültige Antworten bietet auch das hier vorgeschlagene Analysemodell nicht. Im Gegensatz zu probaten ad-hoc-Prognosen kann es allerdings darauf verweisen, daß wir es in dem komplexen Spiel um das kaspische Öl mit einer ganzen Reihe von Unbekannten zu tun haben, von denen zu allem Unglück keine einzige statisch ist.